

Oktober 2009

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet

10 Jahre Gelsenkirchener Manifest

Ruhrgebietsplattform: Mehr Bildung durch Frühförderung

Bald jährt sich zum zehnten Male die Verabschiedung des "Gelsenkirchener Manifest" (2.2.2000) zur Kinder- und Bildungsarmut im Revier. Es wurde damals einmütig von den Ruhruntergliederungen der GEW initiiert und vom Landesverband unterstützt. Alles drehte sich um die Frage: Welche Hilfen brauchen Kinder des Ruhrgebietes, die unter benachteiligten und benachteiligenden Lebensbedingungen aufwachsen? Seit 2006 ist die GEW-Arbeitsgruppe "Masterplan Bildung Ruhrgebiet" in Kooperation mit den regionalen Untergliederungen erneut tätig.

Im August 2009 haben der DGB NRW mit der GEW NRW und Wohlfahrtsverbänden das **Memorandum Kinderarmut** vorgelegt. Das 10-Punkte-Programm fordert eine präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe sowie des Bildungssystems.

Bekommen "arme" Kinder inzwischen die notwendigen Hilfen?

Die Situation lässt sich aus heutiger Sicht wie folgt skizzierend zusammenfassen:

- Die **Zahl der Betroffenen** damals schon gravierend ist im Verlauf der 10 Jahre stark **angestiegen.**
- In den 53 Gemeinden, die zum Regional Verband Ruhrgebiet (RVR) gehören, existieren einerseits zahlreiche einzelne und sehr unterschiedliche Initiativen/Projekte zur Eindämmung von Kinder- und Bildungsarmut, andererseits leiden diese Kommunen unter eklatantem Geldmangel.
- Es gibt **Maßnahmen des Bundes und des Landes** wie z.B. Offene Ganztagsschulen im Primarbereich, verpflichtende vorschulische Sprachtests und –förderung, den Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren sowie Finanzhilfen für "arme" Kinder zum jeweiligen Schuljahresbeginn.
- Wissenschaft, Wirtschaft, Handwerk etc. fordern fast unisono mehr höherwertige Schul- und Studienabschlüsse; mal werden die Forderungen mit den demografischen Gegebenheiten, mal mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfordernissen begründet. – Das Steigerungspotential ist ausschließlich in den problematischen Sozialräumen unserer Kommunen zu finden.

- In ihrer **Grundsatzprogrammatik** unterstreichen die Parteien inzwischen in weitgehender Übereinstimmung den Wert von Bildung im Allgemeinen sowie die Notwendig- und **Sinnhaftigkeit von Frühförderung** im Besonderen.
- Der RVR hat jüngst sein zukunftweisendes Konzept "Bildungsregion Ruhr 2018" vorgelegt, welches vom RVR-Parlament jedoch teils vom Tisch gewischt, teils auf die lange Bank geschoben wurde.

Als Fazit ergibt sich: Die Probleme sind im Gegensatz zum Jahre 2000 durchaus bekannt; sie werden von der Politik auch angegangen, jedoch nur zaghaft, zögerlich, zaudernd und ohne klares Konzept. Vor allem in sozial schwierigen Stadtquartieren greifen die Maßnahmen wegen Unterfinanzierung bei weitem zu kurz. Es fehlt der berühmte politische Gestaltungswille - anders als kürzlich bei der Rettung der "systemrelevanten" Banken. Die Überzeugung, dass die Zukunft eines erheblichen Anteils unserer Kinder eben auch systemrelevant ist, muss noch wachsen. Wenn die Politik aller Ebenen letztlich wie beschrieben agiert, müssen die zivilgesellschaftlichen Kräfte, selbstverständlich auch die GEW, entsprechend Druck aufbauen.

Welche Zielvorstellungen verfolgt die GEW im Ruhrgebiet?

Will man die Idee der **Chancengleichheit** auch für die Kinder aus problematischen Wohnquartieren und gleichzeitig die **Zukunftsfähigkeit des Reviers** ernsthaft vorantreiben, so ist über die o.g. Aktivitäten hinaus und neben den Bestrebungen nach Veränderung der Schulstruktur sowie dem Ausbau der Ganztagsschule für die GEW das Folgende unabdingbar:

- Die **prägenden Entwicklungsjahre** zwischen 0 5 und zwischen 5 10 sind wenn nötig **präventiv und optimal zu nutzen**. Es bedarf des Paradigmenwechsels, weil Prävention die oft zu späte und teure Krisenintervention vielfach überflüssig machen kann. Das sollte in Form einer **Präventionskette** geschehen.
- Intensive Frühförderung verhindert bei einer Vielzahl von Kindern den **Teufelskreis** von Anregungsarmut, Motivationsverlust und Perspektivlosigkeit. Die Kompetenzen für schulisches Lernen werden entscheidend verbessert, die **Zahl der** Bildungsverlierer und Schulversager deutlich verringert.
- Wir brauchen dringend ein regional abgestimmtes Konzept zur Frühförderung, das auf Vorhandenem aufbauend Transparenz, Transfer, Kooperation, Vernetzung und damit Synergien schafft. Nicht kleinteiliges Planen und Handeln bringt den Fortschritt, sondern Zusammenarbeit in der Metropolregion.

Was sind die anstehenden nächsten Schritte?

- Wir ermuntern die **Verwaltung des RVR** und die **Metropole Ruhr GmbH**, das Thema Bildung/ Frühförderung auch weiterhin energisch zu verfolgen.
- Wir fordern das neu zusammengesetzte Parlament des RVR auf, für den Masterplan Bildung Ruhr Strukturen zu entwickeln und eine seriöse Regional- und Finanzplanung vorzunehmen.
- Es gilt, Vorreiter unter den Kommunen des Reviers zu gewinnen bzw. zu bestärken, die nicht nur für sich den Bereich der Frühförderung systematisch vorantreiben, sondern die auch bewusst als Teil der ganzen Region agieren.

- Die **Abgeordneten des Ruhrgebietes**, die auf Landes- und Bundesebene tätig sind, müssen deutlicher als bisher in die hiesigen Belange und Relevanzen eingebunden werden. Föderales Denken und Handeln darf nicht die Lösung drängender Probleme verzögern oder gar verhindern.
- Über das bisher erreichte durchaus beträchtliche Maß hinaus sollten sich die zivilgesellschaftlichen Gruppierungen für die Thematik engagieren und gewissermaßen als Katalysatoren tätig sein.

Und die Frage der Ressourcen?

- Der Paradigmenwechsel (mehr Prävention, weniger Intervention) kostet zunächst eine Menge Geld. Mittel- bis langfristig sind jedoch deutliche Einspareffekte zu erwarten.
- Der Anfang kann mit **Eigenmitteln** des RVR, der Metropole Ruhr bzw. der einzelnen Kommunen gemacht werden. Es gilt, Ressourcen zu verlagern und optimiert einzusetzen.
- In einem erweiterten Ansatz sind Mittel der anderen staatlichen Ebenen bzw. der europäischen Union einzuwerben, denn ein abgestimmtes Bildungs-, Finanzierungsund Sozialstaatskonzept welches uns unerlässlich erscheint ist nur durch
 Zusammenarbeit aller drei staatlichen Ebenen im Hinblick auf Kinder- und
 Bildungsarmut zu erreichen.
- Die Städte des Ruhrgebietes allein stecken hier mit über 15 Milliarden Schulden in einer Vergeblichkeitsfalle. Sie haben in der Regel einen hohen Sozialbelastungsindex. Wo das meiste Geld für Bildung und Betreuung gebraucht wird, fehlt es am allermeisten.
- Die GEW fordert als Grundlage für eine umfassende Lösung im Bildungsbereich die Aufstockung der öffentlichen Finanzmittel von 4,8 % auf zunächst 5,4 % des Bruttoinlandsproduktes.

Das Ruhrgebiet – Modellregion für Bildung und Frühförderung – ist ein Ziel, für das voller Einsatz lohnt.